

Freiburger Nachrichten

Einzig deutschsprachige Tageszeitung im zweisprachigen Kanton Freiburg

Dienstag, 3. Februar 2015

Nr. 27

A.Z. 1700 Freiburg 1
152. Jahrgang
Einzelverkauf Fr. 3.00*

*Täglicher Beitrag enthält
2,5% MWST

Verkehr
Vincent Ducrot sagt,
wie die TPF Geld und
Kunden generieren
wollen.
Seite 2



RAIFFEISEN
Deutschfreiburger Raiffeisenbanken

Eine Mütze für Sie.
CHF 5 für den Nachwuchs.

Jetzt für CHF 10.00
erhältlich auf
raiffeisen.ch/ski

Staatsrat und Fede suchen gemeinsam nach alternativen Sparmassnahmen

Das **Bildungswesen** muss weniger kosten, fordert der Staatsrat. Wie das zu erreichen ist, ist nun Gegenstand von Diskussionen.

FREIBURG Der Staatsrat will den Personalanstieg im Bildungswesen bremsen – und hat vor rund einem Jahr 14 entsprechende Massnahmen festgelegt. Dagegen wehrten sich Lehrkräfte und Gewerkschaften. Nun haben der Kanton und der Staatspersonalverband Fede eine Arbeitsgruppe gebildet. Diese soll bis Ende Jahr alternative, auch für die Lehrkräfte tragbare Sparmassnahmen ausarbeiten. Am Umfang der Einsparungen von vier Millionen Franken hält der Staatsrat aber fest. Dies passt dem Verband des Personals öffentlicher Dienste nicht. *rb*
Bericht Seite 3



Sollen die Klassen grösser werden oder der Lehrerlohn kleiner? Nun stehen Diskussionen an.

Bild Corinne Aeberhard/ra

Schlagzeilen
Kanton
Kanton publiziert Leitfaden für Social-Media-Gebrauch.
Seite 3

Schweiz
Economiesuisse will starken Franken bekämpfen.
Seite 15

Wirtschaft
Bank Julius Bär wird wegen Stellenabbau kritisiert.
Seite 17

Letzte Seite
Murmeltier Phil prognostiziert langen und kalten Winter.
Seite 20

Wetter
Bewölkt, teils etwas Sonne, mit mässiger Bise maximal -1 Grad.



Seite 20

Freispruch bei Unfall auf SBB-Gleisen

FREIBURG Weil ein Mann 2012 bei Arbeiten auf SBB-Gleisen in Autigny tödlich verunglückt war, hatte die Staatsanwaltschaft zwei Männer der fahrlässigen Tötung angeklagt. Gestern sprach das Bezirksgericht Saane die beiden, den Baustellenleiter sowie den Arbeitskollegen des Verunglückten, frei. Die Staatsanwaltschaft will den Fall nun vor das Kantonsgericht weiterziehen. *rb*
Bericht Seite 2

Die Mehrwertsteuer als Rettungsanker der Schweiz

Seit zwanzig Jahren gibt es die Schweizer Mehrwertsteuer. Sie ist die grösste und wichtigste Einnahmequelle des Bundes.

BERN Mit 22 Milliarden Franken ist die Mehrwertsteuer nicht nur die grösste Einnahmequelle des Bundes, sondern auch die «Allzweckwaffe» zur Lösung fast aller grösseren Probleme. So wurden die Sätze der

Mehrwertsteuer mehrfach erhöht, zuletzt im Jahr 2011, um zu verhindern, dass die IV noch höhere Milliardenschulden anhäuft. Ab 2018 kommen Einnahmen aus der Mehrwertsteuer der Finanzierung der Eisenbahn zugute, da hier ebenfalls empfindliche Lücken drohen. Und am Horizont zeichnet sich bereits der nächste markante Aufschlag ab zur Rettung der AHV. *fab/lm*
Bericht Seite 16

Hunderte Ukrainer fliehen aus Debalzewe

Gefechte zwischen Regierungstruppen und prorussischen Separatisten vertreiben die Bevölkerung aus Debalzewe.

SWJATOGIRSK Tagelang hatte sich niemand auf die Strasse getraut, wo die Gefechte zwischen Regierungstruppen und prorussischen Separatisten toben. «Wir rannten unter den Bomben hinweg zum Rat-

haus», berichtet ein Augenzeuge. Debalzewe ist ein strategisch wichtiger Zugknotenpunkt, der die Rebellenhochburgen Lugansk und Donezk verbindet. Seit Donnerstag vergangener Woche strömen Hunderte von verängstigten Menschen ins frühere Kinderferienlager von Swjatogirsk, etwa hundert Kilometer nordwestlich von Debalzewe und suchen dort Zuflucht. *sda/cu*
Bericht Seite 19

Zitat des Tages

«Ich bin schwer vorbelastet, was das Jodeln angeht.»

Daniel Mülhauser, Mitglied des Jodlerklubs Echo vom Bärli
Seite 6

Inhalt

Forum/Agenda	9
TV/Radio	10
Börse	17
Kinos	18

Redaktion: Tel. 026 426 47 47
Fax 026 426 47 40
Abonnemente: Tel. 026 347 30 00
Inserate: Tel. 026 347 30 01
Fax 026 347 30 19



Reklame

InnoService AG

- Kanalspektion
- Kanalanterung
- Wasserschadentrocknung
- Wärmebilder

Tel. 026 488 06 06
www.innoservice.ch



Fusion

Positiv für den Tourismus im Vully

VULLY Der Zusammenschluss zur waadtländischen Gemeinde Vully-les-Lacs brachte Vorteile für den Tourismus. Bei der Fusion von Bas-Vully und

Haut-Vully steht der Tourismus nicht im Vordergrund, die Strukturen könnten aber einfacher werden. *tk/Bild aw*
Bericht Seite 5

Wärmeverbund plant schon mit zweitem Ofen

ÜBERSTORF Seit Januar dieses Jahres werden die ersten Liegenschaften – darunter das Schloss Überstorf – durch Fernwärme beheizt. Im Laufe der nächsten Wochen können neben mehreren Privathäusern auch drei grosse gemeindeeigene Liegenschaften und Gebäude der Pfarrei an den neu erstellten Wärmeverbund angeschlossen werden. Noch vor Abschluss dieser ersten Erschliessungsphase stehen erste Erweiterungspläne im Raum: Die Holzenergie Überstorf AG, Betreiberin des Verbundes, möchte bald einen zweiten Ofen einbauen. *mz*
Bericht Seite 6



Eishockey

Matte nicht mehr erwünscht

FREIBURG Trotz weiterlaufendem Vertrag wird René Matte nächste Saison bei Gottéron nicht mehr als Assistent an der Bande stehen. Headcoach

Gerd Zenhäusern hat sich entschieden, in Zukunft auf einen anderen Mann an seiner Seite zu setzen. *fm/Bild um/a*
Bericht Seite 11

Es wird gespart – die Frage ist nur wie

Der Staatsrat und der Dachverband des Freiburger Staatspersonals wollen bis Ende 2015 gemeinsam **alternative Sparmassnahmen** im Bildungswesen suchen. Die Gewerkschaft VPOD kritisiert hingegen, dass sich der Umfang der geplanten Einsparungen nicht verändert habe.

REGULA BUR

Mit Transparenten und Plakaten waren im April des letzten Jahres rund 2000 Lehrerinnen, Lehrer und Vertreter von Gewerkschaften vor die kantonale Erziehungsdirektion gezogen, um gegen die geplanten Sparmassnahmen (siehe Kasten) zu demonstrieren. Nun zeigen sich beide Seiten offen für Gespräche: Wie der Staatsrat gestern mitteilte, bilden der Kanton und der Dachverband des Freiburger Staatspersonals Fede eine paritätische Arbeitsgruppe. Diese soll bis zum 1. Dezember Vorschläge für alternative Sparmassnahmen im Bildungswesen ausarbeiten.

Betrag steht fest

Nach Gesprächen habe sich die Fede bereit erklärt, sich bei der Suche nach Sparmassnahmen zu beteiligen. «Gibt es die Möglichkeit für eine Einigung, bin ich der Erste, der zu Verhandlungen bereit ist», sagt Erziehungsdirektor Jean-Pierre Sigg (CVP) den FN – auch wenn dies bedeute, dass der Grossteil der für Schulbeginn 2015 geplanten Massnahmen frühestens im Herbst 2016 in Kraft treten würden. Klar ist für ihn jedoch: Das Ziel bleibt dasselbe. So will der Staatsrat den Stellenanstieg um 40 Vollzeitstellen oder den entsprechenden Betrag, nämlich vier Millionen Franken, verringern. Um ein ausgeglichenes Budget präsentieren zu können und nicht über den vorhandenen Mitteln zu leben, brauche es Einsparungen, so Jean-Pierre Sigg. «Das steht für uns nicht zur Diskussion.»

Qualität hat Priorität

Hoffnungsvoll zeigt sich die Fede in einem Communiqué. Sie werte den Entscheid des Staatsrats als Erfolg, schreibt sie. «Wir sind zufrieden, dass sich der Staatsrat mit uns an einen Tisch setzt, um die Situation global zu betrachten», sagt Präsident Bernard Fragnière auf Anfrage. Die grössten Befürchtungen habe die geplante flexiblere Handhabung der Klassengrösse auf Primarschulstufe hervorgerufen. «Wir wollen auch darüber diskutieren, welche Aus-



Im letzten April haben die Lehrerinnen und Lehrer in der Freiburger Innenstadt gegen die Sparmassnahmen im Bildungswesen demonstriert.

Bild Aldo Ilenna/a

wirkungen diese Massnahmen haben. Denn unsere erste Sorge muss die Qualität sein», betont Fragnière. Dem pflichtet auch Jacqueline Häfner, Präsidentin des Verbands der Lehrerinnen und Lehrer Deutschfreiburgs, bei. «Zu Massnahmen, welche die Qualität beeinträchtigen, sagen wir vehement Nein.» Sparmassnahmen lehne sie jedoch nicht prinzipiell ab. Namentlich im strukturellen Bereich, beispielsweise bei den Übertrittsverfahren, gebe es durchaus Optimierungsmöglichkeiten. Jedoch sei klar: «Unser Ziel sind Strukturoptimierungen mit Spareffekt, nicht das Umgekehrte.»

Obwohl der Staatsrat die Höhe der Einsparungen zurzeit nicht senken wolle, sei die Arbeitsgruppe für den Moment die beste Lösung, ist Gaëtan Emonet vom französischsprachigen Lehrerverband überzeugt. «Entweder wir setzen uns mit dem Staatsrat an einen Tisch und verhandeln – oder er setzt die Massnahmen um.»

«Keine Zugeständnisse»

Kritischer zeigt sich hingegen der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) in einer Mitteilung. Der Staatsrat lasse nicht mit sich über die Gesamtsumme, sondern lediglich über die Modalitäten ver-

handeln – obwohl die Schweizerische Nationalbank eben erst eine Ausschüttung von 48,5 Millionen Franken angekündigt habe, kritisiert dieser. «Die Fede klang in ihrem Communiqué sehr positiv. Ich sehe aber nicht wirklich, wo der Staatsrat Zugeständnisse macht», sagte VPOD-Sekretär Gaëtan Zurkinden auf Anfrage. Bereits im vergangenen Jahr waren sich Fede und VPOD wegen den Sparmassnahmen im Bildungswesen in die Haare geraten: Eine Einigung, die Staatsrat und Fede ausgehandelt hätten, ging dem VPOD zu weit. Er warf der Fede vor, nicht genug gekämpft zu haben.

Massnahmen

Grössere Klassen und Lohnkürzungen

Mit 14 Sparmassnahmen wollte der Staatsrat im Bildungsbereich Geld sparen. So sollte beispielsweise auf Primarschulstufe ein Spielraum von fünf Schülern pro Schule geschaffen werden, bevor neue Klassen eröffnet werden. Auf der Sekundarstufe 2 (Mittelstufe) wollte er die Entlastung der Klassenlehrperson um eine halbe Stunde kürzen. Ebenfalls sollten Lehrer, die bei den Maturaprüfungen als Experten funktionieren, nicht mehr doppelt entschädigt

werden. Auch sah der Staatsrat Lohn einschränkungen bei kleinen Klassen oder bei Fächern vor, die im Abschlussjahr nur bis Mai gelehrt werden. Fächer mit wenig Schülern sollten nur noch an einem Kollegium unterrichtet werden, und der Sportunterricht an der Handelsmittelschule sollte um eine Lektion gekürzt werden. Gegen diese Massnahmen wehrten sich die Lehrpersonen mit einer Demonstration und einer Petition. *rb*

Express

Brand beschädigt Gebäude

MONTET Ein Gebäude, in dem sich ein Restaurant, Büroräumlichkeiten und zwei Wohnungen befinden, geriet gestern Nacht in Brand. Eine Drittperson informierte gegen 4.20 Uhr die Polizei und die Feuerwehr. Sechs Bewohner befanden sich zu dieser Zeit im Haus. Sie wurden vorsichtshalber evakuiert. Obwohl die Feuerwehr den Brand unter Kontrolle brachte, fielen ihm der Saal des Restaurants und anliegende Büroräumlichkeiten zum Opfer. Um die 40 Feuerwehrleute des Stützpunkts Estavayer-le-Lac und der örtlichen Feuerwehr von Montet waren am Einsatz beteiligt. Die Schadenssumme und die Brandursache sind gemäss Polizeiangaben unbekannt. Eine Untersuchung wurde eingeleitet. *lp*

Zivilschutz testet Sirenen

Der jährliche Sirenentest steht kurz bevor. Diesmal heult der neue «Allgemeine Alarm» erstmals auf.



Die Sirenen beweisen morgen ihre Funktionstüchtigkeit. Bild: *ur*

FREIBURG Morgen wird es ab 13.30 Uhr laut. Der Zivilschutz führt an allen Sirenen den jährlichen Funktionstest durch. Wie das Amt für Bevölkerungsschutz und Militär mitteilt, wird beim Test erstmals der Allgemeine Alarm in Betrieb gesetzt. Dabei handelt es sich um einen anhaltenden an- und abschwellenden Heulton während einer Minute, der sich mehrmals wiederholt. Der Allgemeine Alarm ertönt künftig, wenn für die Bevölkerung eine Gefährdung besteht. Ist das der Fall, soll Radio DRS oder Radio Freiburg eingeschaltet, die Anweisungen der Behörden befolgt und die Nachbarn informiert werden. Ab 14.15 Uhr wird der Wasseralarm getestet. Dieser tiefe

Heulton hält ungefähr zwanzig Sekunden an und ist mit Pausen von zehn Sekunden unterbrochen. Der Wasseralarm ertönt im Ernstfall immer erst nach dem Allgemeinen Alarm und bedeutet, dass Betroffene das gefährdete Gebiet sofort verlassen sollen. *lp*

Weitere Informationen: Teletext Seite 662 oder unter www.sirenentest.ch

Der Kanton Freiburg publiziert einen Leitfaden zu den Social Media

Facebook, Twitter und Co.: Der Kanton Freiburg will die Neuen Medien stärker nutzen, um mit den Leuten in Kontakt zu treten.

zung der Social Media veröffentlicht.

Austausch fördern

Gemäss Mitteilung des Kantons ist der Leitfaden ein Ergebnis von Pilotversuchen, die der Staat seit 2013 durchgeführt hat. Der Leitfaden soll die Regeln für die Nutzung von Social Media im beruflichen und privaten Rahmen festlegen. Mit den Social Media wollte der Kanton «den Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern fördern», heisst es in der Mitteilung. Die Facebook-Seite des Staatsrates ist ein Beispiel dafür: Sie berichtet aus dem beruflichen Alltag der Regierung. Mit Tweets an den Abstimmungstagen soll zudem eine direkte Interaktion mit der Bevölkerung möglich werden.

Der Leitfaden listet Angaben zu den sozialen Medien auf, neben Facebook und Twitter beispielsweise zu Instagram, Flickr oder Blogs. Er zeigt auf, wie die Benutzer mit Passwörtern umgehen sollten, was sie bei der Verwendung von Bildern beachten müssen oder in welchem Sprachstil geschrieben werden soll. Eine direkte Anweisung ist, dass die Verwaltungen nie vor einer Medienkonferenz oder vor Versenden einer Medienmitteilung über die sozialen Medien kommunizieren sollen.

Gleichzeitig hält der Leitfaden fest, dass das Staatspersonal die sozialen Medien während der Arbeitszeit nur für berufliche Zwecke benutzen sollte und dass bei Missbrauch Kontrollen geplant sind. *mir*